

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr

Nr. 48 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 28. November 1931

50 Jahre deutsche Sozialversicherung

Politisch bedingte Wendepunkte im Leben eines Volkes geben immer wieder nach einem gewissen Zeitablauf Anlaß zu öffentlichen Erörterungen. Das ist begreiflich. Spiegelt sich doch im politischen Tun eines Volkes, insbesondere im innenpolitischen, ein großer Teil seiner wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung wieder. Wenn am 17. November der 50. Jahrestag der Einbringung der ersten Sozialversicherungsgeetze im deutschen Reichstag begangen werden konnte, so ist es natürlich, daß an diese Tatsache Erörterungen der verschiedensten Art geknüpft werden. Insbesondere an das Wasollen der damaligen Gesetzgebungsorgane, das Ergebnis der Gesetzgebungswerke und Schlussfolgerungen für die Zukunft des in dem fraglichen Gesetzgebungswerk liegenden Gedankens. Am 17. November 1881 wurde durch eine kaiserliche Botenschaft — heute würde man sagen Programm-erklärung der Regierung — die Schaffung von gesetzlichen Einrichtungen, die den Lohnarbeiter gegen Wechselfälle des Lebens bei Krankheit, Unfall und Invalidität sichern sollten, vom deutschen Reichstag gefordert. Gesetzgebungswerke müssen hinsichtlich ihres politischen Willens aus dem Geist ihrer Zeit und aus der politischen Mentalität der Gesetzgeber heraus beurteilt werden. Der Geist der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war der des Jungkapitalismus, der in der liberalen Wirtschaftsidee vom ungehemmten Sich-Regen des einzelnen ohne Rücksicht auf den Mitmenschen beherrscht war. Das Deutsche Reich hatte nach einem siegreichen Krieg auch einen Wirtschaftsaufschwung genommen, der zwar durch eine mehrjährige Krise einmal unterbrochen, aber doch nicht in dem Maße wie heute gehemmt war. Dieser wirtschaftliche Aufschwung brachte neben der Gründung neuer Industrien und dem Aufblühen vieler selbständiger Unternehmungen den heutigen Arbeiterstand mit seiner wirtschaftlichen Unselbständigkeit, seine Entwurzelung von der Rückendeckung des ländlichen Kleinbesitzes, seine Nur-Abhängigkeit vom Betriebe. Es entstanden die Grundlagen der heutigen Großbetriebe. Wie Pilze wuchsen Industriegebiete und Großstädte heran und in diesen die ausgesprochenen Arbeiterwohnviertel mit all den Beengtheiten des Familienlebens, den Gebundenheiten an den Betrieb und dem Ausgeliefertsein an Not und Elend, wenn der Betrieb nicht mehr speiste oder persönliche Unglücksfälle die Kurlohnbasis abschneiden. Die politisch maßgebenden Parteien der damaligen Zeit lebten teils in der liberalen Wirtschaftsauffassung vom freien Spiel der Kräfte, teils in der obrigkeitstaatlichen Denkweise von der Bevormundung der unteren Volkskreise. Die sozialfreundlichen Parteien standen zu der Regierung wegen der Ausnahme-gesetzgebung gegen die katholische Kirche und die Sozialisten in einem starken Gegensatz. Der Reichsregierung ging es neben der größeren Sicherstellung der Lohnarbeitenden Schichten vor den Zufälligkeiten des Lebens auch um politische Ziele und militärische Besorgnisse. Letztere lagen darin, daß nach den Berichten der Aushebungskommissionen das Soldatenmaterial aus rein industriellen Gebieten nur in geringerer Zahl und in geringwertigerer körperlicher Qualität herausgezogen werden konnte, wie aus den landwirtschaftlichen Gebieten. Wenn es trotz der im damaligen Deutschen Reichstag bestandenen politischen und wirtschaftlichen Gegenjählichkeiten gegenüber einem solchen Sozialgesetzgebungswerk gelang, die Grundlagen der auch heute noch gültigen Sozial-

gesetzgebung zu schaffen, dann muß ohne Voreingenommenheit anerkannt werden, daß das eine sachliche und taktische Leistung des damaligen Reichskanzlers, Fürst Bismarck, war. So entstand im Jahre 1884 das Krankenversicherungsgesetz, 1885 das Unfallversicherungsgesetz, 1891 das Invalidenversicherungsgesetz. Eine Reihe von Jahren ruhte dann die Versicherungsgesetzgebung. Es kamen die ersten Ansätze der Arbeiterschutzesetzgebung. Die genannten Sozialgesetze wurden zu Anfang dieses Jahrhunderts in kleinen Novellen verbessert und durch die Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 zu einem einheitlichen großen Gesetzgebungswerk vereinigt. In Verfolg der diesem Gesetzgebungswerk zugrunde liegenden Gedanken wurde dann noch 1912 das Angestelltenversicherungsgesetz geschaffen. In der Kriegs- und Nachkriegszeit wurden eine Reihe von Änderungen dieser Gesetzgebungswerke notwendig, insbesondere wurde ihr Personen- und Aufgabenkreis erweitert. Als Schlusstein der Versicherungsgesetzgebung ist das im Jahre 1927 in Kraft getretene Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu betrachten.

Die Schaffung der Arbeiterschutzesetze, der Arbeitsgerichtsgesetze (Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz der Vorkriegszeit, Arbeitsgerichtsgesetz der Nachkriegszeit) und die arbeitsrechtlichen Gesetze bedürfen hier keiner breiteren Besprechung. Sie sind aber letzten Endes dem gleichen Geiste entsprungen, nämlich dem unselbständigen Lohnarbeiter eine seinen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Sonderhilfe im Gesellschaftsleben zu gewährleisten.

Die Sozialversicherung der deutschen Arbeitnehmerschaft ist vergleichbar mit dem biblischen Senfkorn. Das geistige Gut der Gesellenladen und Bruderschaften des handwerklichen Mittelalters wurde in den freiwilligen Krankenkassen auf Gegenseitigkeit vor den Zeiten der deutschen Sozialgesetzgebung gepflegt. Sie mußten aber in einem Industriestaat mit der Zeit unzulänglich werden. Den Gesetzgebern der achtziger Jahre wird nicht zu nahegetreten, wenn ihnen nachgesagt wird, daß sie bei aller sittlichen und politischen Größe ihres Wertes bestimmt nicht an die Ausdehnung der Sozialgesetzgebung der Jetztzeit gedacht haben. Die Entwicklung zum Industriestaat hat hier vorgearbeitet. Der räumliche Umfang der heutigen Sozialversicherung wird durch die nachstehenden Zahlen veranschaulicht. Nach der Feststellung von Ende 1929 bestanden in Deutschland 7362 Krankenkassen, 647 Berufsgenossenschaften (Unfallversicherung), 35 Landesversicherungsanstalten (Invalidenversicherung), 16 Knappschaftskassen, eine Reichsanstalt der Angestelltenversicherung, 13 Landesarbeits- und 361 Arbeitsämter. Der personellenmäßige Umfang der deutschen Sozialversicherung ergibt sich aus folgenden Zahlen. Von den 64 Millionen Einwohnern des Deutschen Reiches waren versichert 1930

gegen Unfall	23,7 Mill. Personen
gegen Invalidität u. Altersfolg.	22,3 Mill. Personen
gegen Krankheit	22,4 Mill. Personen
gegen Arbeitslosigkeit	16,5 Mill. Personen
Die Zahl der Rentenempfänger betrug:	
Angestelltenversicherung	226 000
Invalidenversicherung	3 500 000
Knappschaftliche Pensionsversicherung	352 000
Unfallversicherung	1 079 000
Krankenversicherung	670 000
Arbeitslosenversicherung	1 769 000

Einschränkend muß hierbei gesagt werden, daß eine Reihe von Renten in der Invaliden- und Unfallversicherung ganz geringe Beträge ergeben und daß bei der Kranken- und Arbeitslosenversicherung der Durchgangscharakter der Unterstützungszeit nicht übersehen werden darf.

Die in dem Krankenversicherungsgesetz und später auch in der Invalidenversicherung vorgezeichnete Selbstverwaltung hat die geistige Kraft der Arbeiterschaft wesentlich angeregt. Bei Würdigung der heutigen Sozialversicherung darf nie unterschätzt werden, daß eine der Hauptkraftquellen der heutigen

deutschen Arbeiterbewegung in der Schulung zur Selbsthilfe durch die Selbstverwaltungsorgane der Versicherungsgesetzgebung zu sehen ist.

Die deutsche Sozialversicherung steht wieder einmal im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Die Krise der deutschen Wirtschaft muß notwendigerweise zu einer Krise der deutschen Versicherungsgesetzgebung werden. Dies trifft im stärksten Maße für die Arbeitslosenversicherung, im bedingten Maße auch für die anderen Versicherungsarten zu. Urteile, die sich mit den materiellen Auswirkungen der Versicherungsgesetzgebung befassen, müssen diese Tatsachen berücksichtigen, wenn sie als ehrliche Urteile gelten wollen. Die Gegner der deutschen Sozialversicherung legen bewussterweise den Hauptwert auf die geistige Unterminierung des sozialen Versicherungsgedankens. Sie sprechen von der Gefahr der geistigen

Solange die deutschen Gewerkschaften in ihrer Stärke erhalten und vor allem mit dieser augenblicklichen Ausschließlichkeit die Interessenverwaltung der Arbeitnehmer bleiben, haben die Arbeitgeber nicht die Hoffnung, ihre Forderungen grundlegend durchzusetzen. Eine wirksame Wandlung der Lohnpolitik kann nur herbeigeführt werden, wenn man den Einfluß und die Bedeutung der Gewerkschaften wesentlich zurückdrängt, oder das Interesse der Arbeitnehmer an den Gewerkschaften abschwächt.

Deutsche Führerbriefe.

Verweigerung, des Schwindens des Sparplans und der Gefahr der Ausnutzung der Versicherungseinrichtungen durch Unbefugte. Die größte Kraftprobe des deutschen Volkes, der Weltkrieg, hat bewiesen, daß Vorwürfe der erstgenannten Art unzutreffend sind. Gegenüber den weiteren Angriffen ist zu sagen, daß wie bei allen menschlichen Einrichtungen, unberechtigte Ausnutzung nie verhindert werden kann. Den Versuchen ist aber in der Sozialversicherung durch gesetzliche Bestimmungen und Einrichtungen entsprechend vorgebaut. Es steht fest, daß die Ausnutzung der Sozialversicherungseinrichtungen im prozentualen Verhältnis hinter der Ausnutzung anderer Gegenseitigkeitseinrichtungen zurücksteht. Die Gegner wollen ja auch, ohne es auszusprechen, eine besondere, d. h. eine geistig geringere Moral der Lohnarbeitenden Schichten herausstellen. Daß das eine pauschale Verdächtigung, eine bittere Beleidigung der sozial am geringsten gesicherten Volksschicht ist, sieht diese Gemütsmenschen nicht an. Die in wirtschaftlichen Hintergründen denkenden Gegner der Sozialversicherung sehen in ihr eine Gefahr für ihre Lohnpolitischen Bestrebungen. Eine durch die Versicherungsgesetzgebung vor den Wechselfällen des Lebens geschützte Arbeiterschaft ist auf Lohnpolitischen Gebieten eine Größe, an der man nicht vorbei kann. Sie wissen auch sehr wohl die aus der Sozialgesetzgebung wachsenden geistigen Kräfte der Selbstverwaltung und des Aufstiegswillens einzuschätzen.

Der Kampf gegen die Sozialversicherung ist somit letzten Endes ein Kampf gegen den Aufstieg des Arbeiterstandes. Das darf bei Beurteilung dieser Dinge nie übersehen werden. Wenn in Deutschland die durch die Industrialisierung erfolgte wirtschaftliche Umschichtung des Volkes zu einem guten politischen Ende geführt werden soll, dann muß aber dem Lohnarbeiterstand in entsprechender Weise an wirtschaftlichen und sozialen Sicherungen das gegeben werden, was den anderen Volksschichten aus der Sonderheit ihres Wirtschaftsberufes von selbst da ist. In diesem Sinn wird an der weiteren Pflege der vor 50 Jahren begonnenen staatlichen Sozialgesetzgebung weitergearbeitet werden müssen. Unterstützend für unser Streben sind die Bestimmungen des Reichsgrundgesetzes, der Verfassung, in Artikel 157: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches“, und Artikel 161: „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterchaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“

„Wer der Ansicht ist, daß die Sozialpolitik in einem Kulturstaate wie Deutschland mechanisch und zeitlich abgeschlossen werden kann, zweifelt deshalb entweder an dem weiteren sittlichen und wirtschaftlichen Fortschritt unseres Volkes oder ist verständnislos für die zwingenden inneren Ursachen fortgesetzter sozialer Arbeit von Regierung und Volk.“

(Graf von Posadowsky, Staatssekretär des Reichsamts des Innern, auf einer Rundgebung der Gesellschaft für Soziale Reform in Berlin am 10. Mai 1914.)

Alter, Nachwuchs und Gesundheitsstand des deutschen Volkes

In einer seit kurzem vorliegenden Denkschrift hat das Reichsgesundheitsamt ein umfangreiches Zahlenmaterial zusammengetragen, durch das ein Bild über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes in den Jahren 1928 und 1929, darüber hinaus teilweise sogar auch für 1930 und das erste Halbjahr 1931, nachgezeichnet werden soll. In der Denkschrift werden zunächst Bevölkerungsstand und Bewegung der Bevölkerung gegenübergestellt. Anfang 1931 betrug die Bevölkerungszahl (ohne Saargebiet) rund 64,48 Millionen. Die Altersklassen um das übliche Heiratsalter waren besonders stark besetzt. Trotz erhöhter Heiratsfreudigkeit hielt aber der Geburtenrückgang weiter an. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 1900 auf 1000 Einwohner 35,6. Sie sank 1930 nach vorläufigen Ermittlungen auf 17,5.

Die Denkschrift erklärt die folgenschwere Geburten-einschränkung damit, daß sich die Bevölkerung mehr und mehr an die Kinderlosigkeit und Kinderarmut gewöhnt habe. Die rein zahlenmäßige Erhaltung des Bevölkerungsbestandes wird aber nur bei etwa drei Lebendgeburtten je Ehe gewährleistet. Ein großer Teil der Ehen bleibt aber völlig kinderlos; von den übrigen Ehen, so heißt es weiter, wären es nur wenige, in denen der natürliche Trieb zum Kinde soweit erhalten sei, „daß der Wunsch, mehr als 2 oder 3 Kinder aufzuziehen, vorhanden und stark genug ist, die dabei erforderlichen wirtschaftlichen Einschränkungen mit in Kauf zu nehmen.“ Das Ergebnis ist also eine Schrumpfung der Bevölkerung.

Die auf der anderen Seite zu beobachtende Ueberalterung kann keinen Ausgleich schaffen. Gewiß freuen wir uns, daß „die Bestrebungen zur Verhütung vorzeitiger Sterbefälle zu überraschenden Erfolgen geführt“ haben. Zwar konnte auch die Säuglingssterblichkeit wiederum gemindert werden. Die unehelich Geborenen sind jedoch, das lehrt die Statistik, in ihrer Lebenserhaltung minder geschützt als die Säuglinge aus ehelicher Verbindung. Noch stärker als die Säuglingssterblichkeit ging die Kleinkindersterblichkeit zurück. Bei den Schulkindern dagegen „fällt eine seit 1926 zu beobachtende Zunahme der Sterblichkeit auf die zum größten Teil auf die Wiederzunahme der Diphtheriesterblichkeit zurückzuführen ist“. Die Sterblichkeit der Erwachsenen hielt sich annähernd auf der gleichen Höhe.

Der zweite Teil der Denkschrift befaßt sich ausführlich mit den Erkrankungen und Sterbefällen an einzelnen Krankheiten. Der offensichtlichsten Steigerung der Erkrankungen stand eine etwas niedrigere durchschnittliche Krankheitsdauer als in den Vorjahren gegenüber. Wenn die Denkschrift aber zu dem Urteil kommt, daß trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not bisher ungünstige Einflüsse auf die Sterblichkeit oder Erkrankungshäufigkeit kaum festzustellen seien, dann mag sie, was ihre statistischen Ermittlungen angeht, recht behalten. Nach der Statistik der Sterbefälle standen vorwiegend die im höheren Lebensalter häufigen Todesursachen (Krankheiten der Kreislauforgane, Altersschwäche, Krebs) im Vordergrund. Von gemeindefählichen Krankheiten wurden Cholera, Gelbfieber und Pest überhaupt nicht beobachtet. Kinderinfektionskrankheiten verursachten vor etwa 40 Jahren noch über 13 v. H. der Gesamtzahl aller Sterbefälle; 1929 entfielen auf sie nur noch 1,5 v. H. Die Erkrankungsfälle an Kindbettfieber nahmen nach einem Anstieg im Jahre 1928 in den folgenden Jahren wieder ab. Nach Schätzungen kommt wahrscheinlich im Reichsdurchschnitt jetzt auf etwa drei Normal- und Frühgeburten eine Fehlgeburt. Eine noch intensivere Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten würde ohne Zweifel zu noch größeren Erfolgen führen. Die bis jetzt zu verzeichnenden Ergebnisse scheinen eine günstige Entwicklung genommen zu haben. Ueberraschende Folgen hatten die Bekämpfungsmassnahmen gegen die Tuberkulose erzielt. Nur zwei Zahlen: auf je 10 000 Lebende starben an dieser Krankheit 1913: 14,3 und 1929: 8,7. Aber nicht nur die Sterbefälle, auch die Erkrankungszahl nahm ab. Die gleiche Feststellung wurde im allgemeinen auch bei der Gesamterblichkeit an den Krankheiten der Verdauungsorgane getroffen. Bemerkenswert dagegen ist die Zunahme der Sterblichkeit an Hirndarmentzündung und an Krankheiten der Kreislauforgane. Die geringe Zunahme an den Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane, sowie an Juckkrankheiten sei gleichfalls erwähnt. Die Zunahme der höheren Altersklassen beeinflusste in besonders hohem Grade die allgemeine Krebssterblichkeit. Sie stieg im Jahre 1929 auf 11,7 je 10 000 Lebende. Erscheinungen der fortschreitenden Kernschwäche triffen immer weiter um sich. Ungünstige Umweltverhältnisse, auch die gesteigerte Arbeitslosigkeit, tragen entschieden zu einer Selbstmordbegeisterung bei. Die Erhöhung der tödlich verlaufenden Vergiftungen dürfte sich zum Teil aus der Zunahme der Anfälle älterer Personen erklären. An geistig und körperlich Gebrechlichen wurden 713 571 Personen (also 114,3 auf 10 000 Einwohner) gezählt; die körperlichen Gebrechen überwiegen. Die Zahl der wegen Alkoholismus, Narzissmus und anderer Betäubungsmitteln in Heilanstalten behandelten Personen lag an.

Gesundheitszustand und Gesundheitspflege, das sind die Gebiete des dritten Abschnittes. Nach der Denkschrift hat die zunehmende hygienische Kultur im deutschen

Volke erhebliche Erfolge erzielt. Es wuchs aber nicht nur das Verständnis für Reinlichkeit, sondern auch für einen gesunden Körper. Wegen der geringen Geburtenhäufigkeit ist es begreiflich, daß im Vordergrund der Gesundheitsfürsorge das Mütter und Kind stand und steht. Aus volkspolitischen Gründen erscheint es über die bestehenden Einrichtungen hinaus sogar dringend notwendig, neben einem Ausbau der Säuglingsfürsorgestellen und einer Erstellung neuer Mütterheime auch die offene Schwangerenberatung und -fürsorge zu mehreren Ueberorganisation wird am ehesten vermieden durch Gründung von kollegialen Arbeitsgemeinschaften zwischen den Trägern der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und der Sozialversicherung.

Es bleibt uns noch eine kurze Blick auf die Wohnungs-, Ernährungs- und Erwerbsverhältnisse. Können die Wohnungsverhältnisse nicht befriedigen und sieht sich die Bevölkerung zu größter Wirtschaftlichkeit bei der Beschäftigung nach Wahl und Menge der Lebensmittel gezwungen, dann wird das vor allem wesentlich beeinflusst sein von den stark verschlechterten und sich weiter verschlechternden Einkommensverhältnissen. Die Denkschrift hebt diese Tatsache sehr deutlich hervor und erwähnt in diesem Zusammenhang auch die denkbar ungünstige Arbeitsmarktlage. Es kann wirklich nicht angenommen werden, daß die große Arbeitslosigkeit eine günstige Wirkung auf die Volksgeundheit ausübt.

Abschließend kann das Urteil über den Gesundheitszustand des deutschen Volkes wohl in der Weise zusammengefaßt werden, daß er im ganzen gesehen bislang eine befriedigende Entwicklung zeigte. Aber was nützt unserem Volke auf die Dauer die Erhaltung der Volkskraft, wenn unser Volk immer mehr vergeift, wenn ein ausreichender Nachwuchs mangelt. Martin Köhlen.

Die Lohnbewegung der Bauunternehmer

Die Versuche, die bis zum 2. März 1932 geltenden Lohnsätze für Holz-, Beton- und Tiefbauarbeiten schon jetzt zu revidieren, werden arbeitgeberseits fortgesetzt. Ueber die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände auf diesem Gebiet und ihre Unterstützung durch die Bürokratie des Reichsarbeitsministeriums haben wir in Nummer 43, 44 und 45 der „Baugewerkschaft“ berichtet. Nach der Verhandlung am 29. Oktober im Reichsarbeitsministerium war ihnen klar, daß nur durch Rechtsbruch durch die Tarifämter oder durch einen Hoheitsakt des Reichsarbeitsministeriums eine vorzeitige Lohnänderung zu erreichen ist. Zur Stunde steht noch nicht fest, ob das Reichsarbeitsministerium sich in die Gefahr begibt, für die sachlich unbegründeten und für die Belegung der Bau-tätigkeit ansichtslosen Lohn- a b baumwünsche der Arbeitgeber eine „Rechtslage“ zu konstruieren. Große Hoffnungen wurden von der Arbeitgeberchaft allgemein und von der Bauarbeitgeberchaft im besonderen auf die Entschleunigung des von der Reichsregierung neubereinigten Wirtschaftsbeirates gesetzt. Diese Hoffnungen dürften angehts der bis jetzt erfolgten Verlautbarungen über die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates wesentlich herabgedrückt sein. Die Arbeitnehmervertreter im Wirtschaftsbeirat haben sich nicht zu dem herbeigelassen, was die Lohnbaupolitiker aus den Behörden und der sogenannten „Wirtschaft“ erwartet haben, nämlich den Freibrief für den Lohnabbau ohne Sicherheit in der Preisregelung und Arbeitsbeschaffung.

Die baugewerblichen Unternehmerorganisationen haben in ihren Bezirksverbänden die Versuche auf Lohnerschütterung fortgesetzt. Wir haben unter der Ueberschrift „Tarifnachrichten“ fortlaufend im Verbandsorgan über die wichtigsten Ergebnisse berichtet. In einem Gesamttrahnen betrachtet, ist das Ergebnis für die Arbeitgeber nicht ermutigend. Nur zwei Tarifämter haben den Rechtsboden ihrer Zuständigkeit verlassen, Breslau und Dresden. Neben der Befahrung ihrer formalen Zuständigkeit haben sie „Schiedsprüche“ gefällt, die schon durch die berechnete Abwesenheit der Arbeiterbeisitzer als einseitige Willenshandlung wirken. Einige andere Tarifämter haben sich zwar formal für zuständig erklärt, das heiße Eisen der Lohnneubildung haben sie aber — und darauf kommt es an — nicht angerührt. Solche platonische Zuständigkeitsklärungen kann man auch bei Schiedsgerichten, die nicht mit dem bürgerlichen Rechtsvorschriften gemessen werden dürfen, als Höflichkeitserbengungen ohne Inhalt betrachten. Das empfinden auch die Arbeitgeber und sind nicht entzückt. Wieder einige andere Tarifämter, die auch ihre Zuständigkeit bejahen hatten, kamen zu keinem Spruch, weil der Lohnabbau von der Unternehmer immerhin eine gewisse Einsicht der unparteiischen Vorsitzenden in bezug auf das Maß des Abbaues entgegenstand und so kein Spruch zustande kam. Dieser theoretischen Behauptung der Zuständigkeit stehen gewichtige Vertreter der Zuständigkeit in verschiedenen Bezirken gegenüber, die in ganz hies- und hiesiger Weise vom Standpunkt des formalen Rechts den Unternehmern und auch den Tarifjuristen des Reichsarbeits-

ministeriums unbequeme Rechtswahrheiten unterbreiten. Sodann stehen den wenigen Lohnabbauereiten Tarif-ämtern eine übergroße Zahl von Tarifamtsbereichen gegenüber, in denen teils überhaupt nicht, teils nur sehr formell verhandelt ist, die auf keinen Fall die Front der Arbeitgeber stärken.

Seit Wochen versuchen die Arbeitgeber mit einem Rechtsbegriff des bürgerlichen Rechtes unseren noch drei Monate geltenden Lohnsätzen beizukommen. Man bezieht sich auf den § 321 des BGB., der die sogenannte clausula rebus sic stantibus enthält. Dieser Paragraph besagt: „Wer aus einem gegenseitigen Vertrage vorzuleisten verpflichtet ist, kann, wenn nach dem Abschluß des Vertrages in den Vermögensverhältnissen des anderen Teiles eine wesentliche Verschlechterung eintritt, durch die der Anspruch auf die Gegenleistung gefährdet wird, die ihm obliegende Leistung verweigern, bis die Gegenleistung bewirkt oder Sicherheit für sie geleistet wird.“ Ohne diese Gesetzesbestimmungen zu kommentieren, sei festgestellt, daß die bis jetzt vorliegenden Reichsgerichtsentscheidungen den Absichten der Arbeitgeber auf Anwendung für Aufhebung unseres Lohnsätzen nicht besonders günstig sind. Neben den Lohnbaupolitikern des Reichsarbeitsministeriums stehen also die baugewerblichen Arbeitgeber auch rechtlich allein auf weiter Flur. Der Vater dieses juristischen Windeies soll der langsam zu einer unszialen Berühmtheit werdende Ministerialdirektor Dr. S i g l e r vom Reichsarbeitsministerium sein.

In Breslau haben Unternehmer den „Schiedspruch“, das heißt den Lohnabbau in Wirkung gesetzt. Sie haben nicht einmal die Erklärungsfrist abgewartet, also auch formal gegen bestehende Tarif- und Gesetzesbestimmungen verstoßen. Den Arbeitgeberverbänden ist ob ihrer Lohnabbauerfolge in Breslau und Sachsen absolut nicht wohl. Das ist begreiflich. Wenn sie an die Zukunft denken, wissen sie, was ihnen einmal blühen muß.

Ob aus Ratlosigkeit oder besserer Einsicht, sie beriefen die Arbeiterverbände am 19. November zu Verhandlungen, um den Fall Breslau ins Lot zu bringen, und auch, um erneut die Aufstellung der Tariflohnfront zu versuchen. Auf knappen Befragen gaben sie ehrlicherweise zu, daß es ihnen nicht auf Untersuchung örtlicher Lohnbeschwerden, sondern auf einen allgemeinen Lohnabbau ankomme. Die bescheidenen Behelfsmittel der Beziehung auf die Protokollnotiz zu § 1 des Reichstarifvertrages und die clausula rebus sic stantibus (§ 321 BGB.) traten mehr zurück. Zur Erreichung ihres Zieles warben sie um unser Einverständnis, und nachdem dieses nicht in Frage kommt, um eine Anrufung des Haupttarifamtes. Der Standpunkt der tarifbeteiligten Arbeiterorganisationen wurde knapp sinngemäß dahin formuliert:

1. Hinsichtlich Anwendung der Protokollerklärung zu § 1 des RTV. bleibt der alte Standpunkt der Gewerkschaften bestehen.
2. Das Vorliegen der Erfordernisse der clausula rebus sic stantibus (§ 321 BGB.) kann nicht anerkannt werden.
3. Gegen die „Sprüche“ der Tarifämter Breslau und Dresden wird Protest erhoben, die Ausführung des Breslauer „Schiedspruches“ wird von uns als Tarifbruch betrachtet, der Dresdener Schiedspruch besteht aus rechtlichen Ungereimtheiten.
4. Zu einer Anrufung des Haupttarifamtes besteht für uns kein Anlaß.
5. Vertikale Verhandlungen im Sinne der Protokoll-

Das Schluchseewerk

Im Rahmen eines großzügigen Planes wird seit mehr als zwei Jahren an der Ruhbarmachung der Wasserkräfte des südlichen Schwarzwaldes für die Energieversorgung gearbeitet. Die Kraftwerke am Oberrhein und diejenigen des Murgtals sollen ergänzt werden durch die vom Schluchsee gespeisten Kraftwerke Häusern und Eichholz im südlichen Schwarzwald, durch das Schluchseewerk. In verhältnismäßig kurzer Zeit (drei Jahren) ist es gelungen, die Arbeiten soweit zu fördern, daß schon im April d. J. der Probetrieb der ersten beiden Maschinen des Kraftwerkes Häusern aufgenommen werden konnte.

Wenn man heute in das Schluchseegebiet kommt, kann man die unmittelbar vor der Fertigstellung stehenden großartigen Bauten dieses neuen Kraftwerkssystems bewundern. Das ganze Werk besteht aus mehreren aufeinander abgestimmten Teilen. Es sind dies ein Hangkanal, der vom Feldseegebiet zum Windgfallweier führt, dieser Weier, seine natürliche Verbindung mit dem Schluchsee, das Schluchseebecken, die Schluchseesperre, der Stollen und die Druckrohrleitung zum Kraftwerk Häusern, dieses Kraftwerk, das an seinem Fuße liegende Schwarzboden mit der Talperre, der Verbindungsstollen zum Werk Eichholz und dieses als Ausgleichskraftwerk erbaute Werk.

Der elf Kilometer lange Hangkanal, der am Osthang des Feldbergmassivs bis zum Windgfallweier führt, sammelt die Wasser aus dem niederschlagsreichen Gebiet der östlichen Abhänge des Feldberges und führt sie dem Schluchsee zu. Der Kanal, dessen Rohre bis zu 1,7 Meter Durchmesser haben, ist in die Hänge des Gebirges eingebaut. Der bisherige künstliche Abfluß des Windgfall-

notig zu § 1 Ziffer 7 des A.T.W. werden in Erfüllung einer Tarifpflicht nicht verweigert.

Die Arbeitgebervertreter erklärten unumwunden, daß ihnen an der Ausführung der Bestimmungen der vorgenannten Protokollnotiz selbst nichts mehr liege, sie wollten allgemein den Lohnabbau. Sie würden nunmehr das Haupttarifamt anrufen in der Hoffnung, daß dieses die erwähnte Protokollnotiz so auslege, wie es ihren Ansichten entspreche.

Rundschau

Der Wohnungsbedarf

Ueber den Wohnungsbedarf gehen heute in Deutschland die Meinungen stark auseinander. Die Interessenten des Altkausbesitzes, auch viele mit ihrer Finanzpolitik in die Sachgasse geratene Reichs- und Kommunalbehörden wollen den Wohnungsbedarf verneinen. Die Notursachen der Wohnungseinschränkung unterschlagen sie. Der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtle sagt in einem Geleitwort zu einem Buch zu diesem Kapitel folgendes: Obwohl in Preußen nach dem Kriege 1 1/2 Millionen Wohnungen errichtet worden sind, fehlen nach sorgsamster Feststellung zur Zeit in Preußen allein noch 300 000 Wohnungen zur Deckung des objektiven Fehlbedarfes.

Die Haifische der deutschen Wirtschaft

Ein hartes, aber weithin zutreffendes Urteil über die deutsche Kartelle und Konzerne fällt die Zeitschrift „Das Neue Reich“. Im gesamten Ausland gilt das deutsche Preisniveau als anormal, als zu hoch, als verdächtig. Man fragt sich, woher diese Preise? und vermutet ganz richtig: von den Kartellen. Ein Prager Ökonome beschäftigt sich in der Zeitschrift „Panuropa“ ausführlich mit diesen Ueberpreisen; er hat nämlich die Mehrpreise einzeln zusammengerechnet, die die 2500 Kartelle in Deutschland dem Deutschen auferlegen. Mehrpreis soll heißen: das, was diese Kartelle für ihre Waren dem Inländer mehr abverlangen als dem Ausländer. Und diese Summe ist erstaunlich. Sie beträgt nicht weniger als sage und schreibe 1700 Millionen RM. jährlich. Sie ist also kaum geringer als die Jahresrate, die derselbe Deutsche an seine Young-Gläubiger zahlen muß, denn die macht etwa 1990 Millionen RM. aus. Man kann also ruhig behaupten, die Aus-

Am 28. Novbr. 1931 ist der achthundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

beuter des deutschen Volkes sitzen nicht nur in Wall-Street, sondern auch im eigenen Vaterlande selbst. Sie sind so frei, die Last, die durch die Industrieobligationen des Neuen Planes auf ihnen liegt, dem armen unorganisierten Konsumenten zuzuwälzen, dem angesichts ihrer benachteiligten Monopolstellung nichts anderes übrigbleibt, als diese Last zu tragen. Für die Kartellfeudalen, die sich so trotz aller Reparationen ihr Einkommen zu sichern wissen, bleibt durch diese Ueberwälzung die hübsche Summe von 300 Millionen RM.; sie werden also vorläufig nicht vor die Hunde gehen, sondern die jetzige deutsche Krise genau so gesund überstehen wie das Fiasko des passiven Ruhrwiderstandes, an dem sie sich durch unglaublich hohe Subventionen zum Teil sogar recht gesund gemacht haben. Mit dieser tabelnden Feststellung soll nichts gegen Kartelle als solche gesagt sein. Sie können von großem, volkswirtschaftlichem Nutzen sein. Was aber hier geschieht, ist eine nationale Schande, mehr: ist das Zeichen einer ruchlosen Gewinnsucht, so daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn Haß und Rachsucht in den Ausgebeuteten zu fiebern beginnen und sie in sinnlos radikale Opposition gehen. Freilich, die Kartellbespoten wissen zu herrschen, indem sie die Massen trennen. Sie lassen Nazis und Kommunisten aufeinander los; jene sind notorisch von der Schwerindustrie bezahlt und die Zahlungen werden so doziert, daß der blinde Kampf der Proleten gegeneinander hübsch in der Balance bleibt.

Die Lohnlage der Arbeiter

Einen guten Einblick in die Lohnlage des deutschen Arbeiters bietet die Invalidenversicherung. Die Abrechnung über das 2. Vierteljahr 1931 zeigt hinsichtlich des Markterwerbes folgendes Bild: Von 100 verkauften Beitragsmarken entfielen auf die einzelnen Lohnklassen:

Lohnklasse	Einkommenshöhe	Anteil der Marken an den Lohnklassen
I	bis 6 RM.	3,8 Prozent
II	über 6-12 "	13,6 "
III	" 12-18 "	18,3 "
IV	" 18-24 "	16,1 "
V	" 24-30 "	9,9 "
VI	" 30-36 "	7,9 "
VII	" 36 "	30,9 "

100,0 Prozent.

Das ist ein schlagender Beweis für die außerordentlich niedrigen Löhne. Ueber die Hälfte der Versicherten (genau 51,3 Prozent) verdienen im Monat nur bis rund 100 RM. Unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit dürften das etwa acht Millionen Arbeiter sein. Von diesen acht Millionen verdienen etwa 5 1/2 Millionen nur bis 18 RM. wöchentlich oder monatlich etwa 75 RM. Weitere 2 1/2 Millionen liegen mit bis 50 RM. monatlichem Einkommen unter den Fürsorgefällen. Während im 2. Vierteljahr 1930 noch 36,2 Prozent über 36 RM. jede Woche verdienen, sind dies im 2. Vierteljahr 1931 nur noch 30,9 Prozent. Wer hat den Mut, angesichts dieser amtlichen Zahlen noch weiteren Lohnabbau zu fordern?

Das akademische Studium ist ein Geschenk der Nation

Gelegentlich einer Verfassungsfeier des Deutschen Studentenverbandes in Berlin sprach der preussische Kultusminister Dr. Grimme sehr ernste Worte zu den Studenten. Er führte hierbei u. a. aus: „Zum ersten Tage seines Studiums an ist und bleibt der Student, auch wenn er längst die Universität verlassen hat, ein Schuldner der Nation. Seine Studiengebühren sind nur ein Bruchteil dessen, was die Gesamtheit der Steuerzahler-

aufbringt, damit er zum Studium Gelegenheit hat. Niemals soll er vergessen, welches Vorrecht es ist, sich ein paar Jahre geistigen Dingen zuwenden zu können, ein Vorrecht, das kein Unrecht ausschließt, sondern ein Geschenk, das eine Verpflichtung bedeutet. Es scheint nicht, als sei dies sittliche Bewußtsein in jedem, der sich auf den Hochschulen „studierendshalber“ aufhält, lebendig. Denn wer statt mit Kopf und Kollegialität mit Tränengas und Hänften seiner selbstsam mißverstandenen Arbeit obliegt, besitzt dies Gefühl sittlicher Verpflichtung nicht, er, ein Schuldner der Nation, wird zum Schädling der Nation.

Vielleicht will er die Tatsache nicht wahrhaben, mit der jeder Studierende sich abfinden muß, daß der Akademiker in Deutschland nie mehr die Rolle spielen wird, wie in der Zeit des bürgerlichen Hochkultus! Gerade aus dieser Erkenntnis heraus aber darf er sich nicht zum Träger unfruchtbarer Rebellion machen, sondern muß das Politische suchen, das darin liegt, das Los des Proletariats zu begreifen und nach dem Zusammenfinden von Student und Proletariat zu streben.

Was heißt Student sein? Nichts anderes als sich im Studium der Meinungssuche befinden! Studieren heißt, den Weg von Vorurteil zum Urteil gehen und klarwerden wollen!

Was die randalierenden Korpsstudenten wie die ausgerichteten akademischen „Führer“ in Politik und Wirtschaft sich merken wollen.

Das sichere Ausland? — Verluste der Kapitalflüchtlinge

Das Institut für Konjunkturforschung nimmt an, daß der Betrag der aus Deutschland geflüchteten Kapitalien sich um 3,5 Milliarden bewegt. Hieron dürften in den U. S. A. 1400 Millionen, in der Schweiz 900, in Holland 600, in den nordischen Ländern (namentlich Schweden) 330 und in den restlichen Ländern 250 Millionen Mark ihren Aufenthalt haben. Man kann sich die Einbußen daher ziemlich ausrechnen, da das Pfund Sterling ein Disagio von 18 bis 20 Prozent hat, die schwedische Krone 10 bis 15 Prozent unter Parität steht und auch die anderen von dem Verfall der englischen Valuta betroffenen Währungen Verluste von 10 bis 15 Prozent hinnehmen mußten. Der Vermögensschwund aber, der durch das Nachgeben der Währungen entstanden ist, dürfte noch gering sein gegenüber den Einbußen die durch den Sturz der Aktien und festverzinslichen Papiere an allen europäischen Börsen und in Neuyork entstanden sind.

Arbeitslose in Italien

Ende Oktober betrug die Arbeitslosigkeit in Italien 799 744 gegen 747 784 Ende September. Ende Oktober 1930 wurden 446 496 Arbeitslose gezählt. Gegen das Zeitübel ist also auch ein von den Gewerkschaften nicht „beeinflusster“ Staat nicht geschützt.

Die Auswirkung der Einkommens- und Umsatzsteuer

Nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung ist das Bruttoeinkommen der Arbeiter und Angestellten im zweiten Vierteljahr 1931 infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit sowie der Lohnsenkungen um 1 1/2 Milliarden RM., das sind 12 v. H. niedriger als im zweiten Vierteljahr 1930. Für das erste Halbjahr 1931 wird nach der gleichen Schätzung der Einkommensausfall gegenüber 1930 rund 3 Milliarden RM. betragen. Dabei dürfte die Gesamtsumme noch viel zu niedrig angesetzt sein, weil übertarifliche Zahlungen, die stattdessen nicht erfaßt werden können, stärkstens abgebaut und dafür in erheblichem Maße gleichfalls nicht erfaßbare untertarifliche Bezüge abgezogen sind. Diese gewaltige Einkommensenkung hat ganz automatisch auch eine Umsatzsenkung im Gefolge. Am wenigsten macht sich das bei den lebensnotwendigen Artikeln, am stärksten bei den nur lebensfördernden Ar-

weihers nach Norden ist geschlossen worden und der bis dahin abgeriegelte natürliche Zufluß zum Schluchsee führt die Wässer jetzt diesem zu. Dadurch ist es möglich, den Schluchsee so aufzustauen, daß die neue Oberfläche das Küstflache der alten betragen wird. Der Ruckinhalt des Schluchsee bei fertiger Staumauer wird 108 Millionen Kubikmeter betragen. Bei einer solchen Auffüllung ist es selbstverständlich, daß auch menschliche Ansiedlungen dem Werk zum Opfer gefallen sind. Eine Reihe von Bauernhöfen des Ortes Aha mußten geräumt werden. Ihre Bewohner bezogen neue, schmude und geräumige Höfe, die mit allen Einrichtungen eines modernen landwirtschaftlichen Betriebes ausgerüstet worden sind. Beim ehemaligen Orte Seebrugg, am Südrand des Sees, der zum größten Teile der Auffüllung zum Opfer gefallen ist, ist eine große Staumauer im Aufbau begriffen die das liebliche Schwarzatal vom Schluchsee trennt. Die Staumauer, bei der gegenwärtig noch 400 Arbeiter beschäftigt sind, wird sich nach oben bis zu etwa 5 Meter verjüngen. Ihr Bau ist ein technisches Meisterwerk. Die anfänglichen Schwierigkeiten in der Gründung der Sperrmauer sind durch zähe und zielbewusste Ingenieurarbeit gemeistert worden. Heute schon ist nahezu die Hälfte der gewaltigen Mauermaße eingebracht. Am Fuße der Staumauer befindet sich ein sogenanntes Tosbecken, das für den unwahrscheinlichen Fall der Ueberflutung der Staumauer errichtet wird. Hier würden die überfluteten Wassermaße aufgefangen und ihre ungeheure Kraft gebrochen werden.

Gegenüber dem Orte Schluchsee, der durch den Aufstieg in unmittelbare Nähe des Sees in 930 Meter Höhenlage gerückt ist, auf der Südwestseite des Staubeckens, nimmt der Stollen, der die gestauten Wasser durch das Gebirge zum Kraftwerk Häufers führen soll, seinen Anfang. Hier ist eine Trompete eingebaut, durch die das Wasser in den

Stolleneingang fließt. Sie kann durch eine Schutzvorrichtung abgeriegelt werden. Etwa 400 Meter hinter dem Stolleneingang befindet sich eine ähnliche Schutzvorrichtung, so daß der 6 Kilometer lange Stollen, dessen kreisrundes Profil 4,10 bis 5 Meter Durchmesser hat, zu Kontrollzwecken begangen werden kann.

Die Druckrohrleitung führt die gewaltigen Wassermassen fast senkrecht hinunter zum Kraftwerk Häufers. Sie besteht aus zwei übereinander liegenden Teilen von 3 bzw. 2,75 Metern Durchmesser und ist zum größten Teil in Betrieb. In starkem Gefälle braust das Wasser hinunter auf die Turbinen und treibt die beiden schon in Betrieb befindlichen gewaltigen Maschinenkäse von denen jeder eine hydraulische Leistung von 50 000 PS hat. Die beiden restlichen Käse werden alsbald dem Probetrieb übergeben werden können, so daß dann im Kraftwerk Häufers 180 000 PS zur Verfügung stehen werden.

Dem Besucher bietet sich das Kraftwerk Häufers als ein moderner, durch seine Fensteranlagen erhellter Industriehaus dar, der sich der Landschaft des Schwarzwaldes gut einfügt, während man von den 22 Meter tiefgehenden Bauten, die die ganzen Maschinenanlagen bergen, so gut wie nichts sieht. Die elektrischen Maschinen dienen sowohl der Stromerzeugung wie auch dem Betrieb der großen Pumpwerke, die das Wasser in Zeiten minderen Strombedarfes über die Druckrohrleitung und den Schluchsee-Schwarzstollen in den Schluchsee zurückfördern. Im Kraftwerk Häufers sind alle Erfahrungen des modernen Kraftwerkbaues verwendet worden. Das Fesselndste ist das vollautomatische System der Anlage. Im sogenannten Kommandoraum befindet sich ein funktreich ausgestattetes Kontrollsystem, das dem Schaltwärter eine ganz genaue Kontrolle über den ganzen Betrieb des Kraftwerkes gibt. Ein optisches Schaltbild informiert den Wärter über die augenblickliche Lage des Werkes, Kontrollapparate zeigen

ihm den genauen Zustand und Lauf der Maschinen an. Will er eine bestimmte Schaltung vornehmen, so zeigt ihm das Leuchttafelbild, ob er diese Schaltung vornehmen darf. Schaltet er trotzdem, so ist der davon betroffene Teil der Anlage blockiert. Auch wenn er die Warnungssignale nicht beobachtet, wirkt das vollautomatische System, die Maschinen werden selbsttätig ausgeschaltet.

Am Fuße des Kraftwerks befindet sich die vollständig fertiggestellte Schwarzatalsperrre, durch den Aufstieg ist hier ein neuer, reizvoll gelegener Schwarzatalsee entstanden. Vom Schwarzatal führt ein 3 Kilometer langer Stollen zu dem Ausgleichswert Eichholz, um das Gefälle von 130 Metern noch auszunützen. Auch hier ist die Maschinenanlage so weit fertiggestellt, daß der Probetrieb demnächst aufgenommen werden kann. Eine zulässige Leistung von 25 000 PS steht zum Ausgleich auf diese Weise noch zur Verfügung. Die Organisation dieser Anlage gleicht im übrigen derjenigen von Häufers.

Das nun bald vollendete Schluchseewerk — die Bauten sollen bis spätestens 1932 vollständig beendet sein — ist das zweite Großkraftwerk des Schwarzwaldes. Es wird eine Leistung von rund 200 000 Pferdestärken aufweisen. Für das Land Baden und insbesondere für die oberbadische Industrie wird es von außerordentlicher Bedeutung sein, aber auch die Ueberlandnehe nach Rheinland-Westfalen hin, werden von dem Strom gespeist sein, den die weiße Kohle des südlischen Schwarzwaldes erzeugt.

Schmerzhaft ist es für uns Bauarbeiter, feststellen zu müssen, daß dieses stolze Werk menschlichen Könnens zu seinem überwiegenden Teil von nichtorganisierten Bauarbeitern ausgeführt wurde. Trotz größter Bemühung gelang es den Gewerkschaften nicht, einen größeren Teil der Arbeiter zu organisieren. Den Schaden hatten die Arbeiter jahrelang selbst zu tragen. (— ch.)

tiele geltend. Trotzdem erlitten auch die ersteren Einbußen. Die Lebensmittelumfänge lagen im ersten Halbjahr 1931 um 8,4 v. H. unter Vorjahrshöhe. Für Textilien betrug der Rückgang mit 16,3 v. H. fast das Doppelte. In der gleichen Zeit fielen die Preise für Nahrungsmittel um 9,9 v. H. und für Bekleidungsgegenstände um 15,2 v. H. Das heißt also, der Umsatz an Lebensmitteln und Textilien ist zwar wertmäßig zurückgegangen, nicht aber mengenmäßig. Dabei ist eine Umschichtung von den Lebensmittelgeschäften zu den Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser zu beobachten. Während die Lebensmittelgeschäfte auf den Umsatz von 1926 zurückgeworfen wurden, sind die Umsätze in den Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser noch in den letzten Monaten gewachsen. Das rührt daher, daß die Verbraucher infolge geringeren Einkommens gezwungen sind, billigere Qualitäten und billigere Preise zu bevorzugen, und die Warenhäuser dieser Entwicklung sich am schnellsten angepaßt haben.

Die Goldbestände in den wichtigsten Ländern pro Kopf der Bevölkerung

Drei Fünftel des gesamten Goldbestandes der Welt besitzen die Vereinigten Staaten und Frankreich. Ihr Goldreichtum wird erst ganz offensichtlich, wenn man ihn auf den Kopf der Bevölkerung umrechnet. In Frankreich kamen auf den Kopf der Bevölkerung an Goldbeständen 1895 = 84 RM., 1913 = 150 RM., 1923 = 75 RM. und 1931 = 226 RM., in den Vereinigten Staaten 1895 = 38 Mark, 1913 = 82 Mark, 1923 = 160 Mark, 1931 = 170 Mark, dagegen in England 1895 = 61 Mark, 1913 = 87 Mark, 1923 = 70 Mark, 1931 = 73 Mark, und in Deutschland 1895 = 53 Mark, 1913 = 63 Mark, 1923 = 8,35 Mark, 1931 = 23 Mark.

Tarifnachrichten

Bayern

Das arbeitgeberseitige zwecks Lohnneuregelung angegangene Tarifamt hat seine Zuständigkeit von der gerichtlichen Klärung der Frage abhängig gemacht, ob die arbeitgeberseitige behauptete vollständige Aenderung der Verhältnisse zwischen den Vertragsschließenden (Hinweis auf die juristisch „Clausula rebus sic stantibus“ genannte Bestimmung im § 321 des Bürgerlichen Gesetzbuches) gegeben sei. Das Tarifamt führt sich damit seine unumgänglich notwendige Grundlage, nämlich das Vertrauen der Rechtenden im Gegenzug zur Auffassung der Zweckenden. — Die Lohnanträge der Arbeitgeber, die zum Vorkriegslohn 30 Prozent Zuschlag geben wollen, wurden zwar in Vorlage gebracht; der Beschluß des Tarifamts entthob die Arbeitgeberseite aber einer Begründung. Glück gehabt!

Sachsen-Anhalt

Das Tarifamt hat die Frage, ob es als gehorsamer Diener der Arbeitgeber in Frage einer vorzeitigen Lohnbildung zuständig sei, verneint. Im einzelnen wird zu den rechtlichen Auffassungen in juristischen Darlegungen Stellung genommen. Soweit Rechtsgrundlagen des bürgerlichen Rechts für den Arbeitgeberantrag verwendet werden, verweist das Tarifamt auf sein engbegrenztes Gebiet der Auslegung des Tarifvertrages und auf die für weitere Rechtsgebiete zuständige Arbeitsgerichtsbarkeit.

Freistaat Sachsen

Im Gegenzug zum Nachbargebiet Sachsen-Anhalt hat sich das Tarifamt zur Fällung eines neuen Lohnschiedspruchs berechnigt gehalten. Es wandelt bei der Begründung seiner Zuständigkeit fast in „Breslauer“ Gedankengängen. Dieses Tarifamt sichert sich den Ruhm, kläglich in jeder Beziehung zu sein. Ueber die Höhe der Lohnsetzung eine abschließende Entscheidung (wörtlich! Red.) zu fällen, getraue es sich nicht. Es beschloß eine Zwischenlösung, die nur als solche zu bewerten ist und keinen Inhalt für künftige Verhandlungen bieten soll (wiederum wörtlich! Red.). Die Zwischenlösung, die nur gelten soll, wenn keine Vereinbarung zustande kommt, denkt sich dieses nur von Arbeitgebern und dem Vorsitzenden besetzte Schiedsgericht so, daß in den Lohnklassen Ib, Ic und I 13 Pf. und in den übrigen Lohnklassen 15 Pf. vom Sacharbeiterlohn abgebaut werden sollen.

Berlin

Auch für Berlin hat sich das Tarifamt für zuständig erklärt. Es hat entschieden, daß die Parteien bis zum 8. Dezember über die Festsetzung der Löhne verhandeln sollen. Wird eine Einigung nicht erzielt, so entscheidet auf Antrag das Tarifamt. Diese Entscheidung unterliegt der Annahme oder Ablehnung der Parteien. Eine Unterbrechung des Vertrages entsprechend dem Antrage der Arbeitgeber wurde abgelehnt.

Nied.

Verhandlung am 19. November. Zuständigkeit in der Lohnfrage bejaht. Entscheidung auf den 23. November verlagert.

Frankfurt a. M.

Die Arbeitgeber wollen für ihre 30proz. Lohnabnahme die Hilfe des Tarifamtes. Dieses stellte sich in seiner Verhandlung vom 16. November zwar formell mit Stimmensmehrheit auf den Standpunkt, daß es befaßt sei, über den Antrag zu verhandeln; in einem zweiten Schiedspruch entschied es weiter, daß es aus rechtlichen Gründen zur Zeit eine Verhandlung über Löhne, die eine jede Einschränkung bis 2. März 1932 vereinbart seien, nicht zu befürworten habe. Die Prüfung in wie weit eine Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Aenderung der Lohnsätze rechtfertigt, verbietet sich im Hinblick auf die rechtliche Lage.

Aus dem Verbandsleben

Schwaben. Wir bitten am 8. November eine gut besuchte Versammlung. Kollege **Schardt** aus Nürnberg

sprach über die deutsche Sozialpolitik und die Sozialversicherung. Die Verhältnisse der Jetztzeit seien das beste Zeugnis für die Richtigkeit einer vorausschauenden Sozialpolitik. Die sozialen und politischen Folgen in der Jetztzeit ohne Arbeitslosen- und Krisenunterstützung seien unabsehbar. Wenn Bauern und Bürger heute vor Eigentumsdelikten und Bettlerplage geschützt seien, so ist dies weniger auf die Polizeigewalt des Staates als auf die Auswirkungen unserer Sozialversicherung und besonders der Erwerbslosenversicherung zurückzuführen. Die mehr wie bescheidenen Unterstützungssätze ergeben allerdings bei der durch die Wirtschaftskrise gestiegenen Zahl der Anspruchsberechtigten viele Millionen Mark. Die Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung nehmen den mit ihnen verbundenen Sorgenzeiten ihren größten Schrecken. Die ganz besondere Wirkung der Sozialunterstützung sei, daß die Familien nicht überverletzt und auch nach solchen Schicksalsschlägen eine Dauerverleumdung hintangehalten werde. Sozialversicherung und Arbeiterschutz müssen sich ergänzen. Der Ruf zunächst nach Arbeit und nicht zuerst nach Unterstützung ist der beste Beweis, daß die Arbeiterklasse durch die Sozialleistungen nicht demoralisiert ist. Wir haben dafür zu kämpfen, daß im seelenlosen Industriestaat die Würde des freien Menschen erhalten bleibt und das grausame Schicksal des modernen Sklaven verhindert wird. Die heutige Not muß als gute Nachwirkung haben, daß wir unsere Gewerkschaft als eine starke Schicksalsgemeinschaft empfinden. Der weitschauende Arbeiter erkennt den Segen des Zusammenschlusses gerade in Notzeiten — wo die Verbitterung manchmal den Blick trübt — am besten. Tarifverträge, Schlichtungsinstanzen, Arbeitsgerichte haben doch heute ihre doppelte, existenzsichernde Bedeutung. Die Ausführungen fanden die volle Anerkennung der Kollegenschaft und sind für uns eine geistige Mithilfe in dieser harten Zeit.

Bremen. Zu einer machtvollen Kundgebung für die Stärkung der Gewerkschaften und Erhaltung der sozialen Errungenschaften gestaltete sich die am 12. November seitens des Ortsrats der christlichen Gewerkschaften Bremens abgehaltene außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung. Der Redner des Abends, Kollege **Georg W. Weber** - Duisburg, besprach das Thema: „Wirtschaftskrise und Arbeiterklasse“. Redner zeigte die Entwicklung des kapitalistischen Systems, Ursache und Wirkung der heutigen Wirtschaftskrise, die geistige Einstellung des deutschen Unternehmertums und erachtete höchste Wachsamkeit und höchste Aktivität der Arbeiterklasse als das Gebot der Stunde.

In der anschließenden, geistig hochstehenden Aussprache wurde aus den Kreisen der Kollegen die Forderung auf Beseitigung aller nicht den gewerkschaftlichen Zwecken dienenden Unterstützungsarten der Gewerkschaften geordert. Nicht weniger als 15 Diskussionsredner setzten sich in der lebhaften Aussprache warm für nachstehende einstimmig angenommene Entschlüsse ein:

Die deutsche Arbeiterklasse befindet sich seit Jahren im härtesten Ringen um ihre Existenz und um ihr Recht. Die Wirtschaftskrise belastet am meisten von allen Volksschichten die Arbeiterfamilien durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Senkung der Löhne. In dieser für Volk und Wirtschaft sehr schweren Zeit unternehmen antisoziale Kreise dauernde rücksichtslose Angriffe auf die Stellung der Arbeiter und der Arbeiterfamilien.

Angeichts dieser für die Zukunft der Arbeiterklasse sehr bedrohlichen Erscheinungen erachtet es die Kartellversammlung für dringend notwendig, die Schlagkraft der Gewerkschaften mehr zu stärken. Die Gewerkschaften sind in erster Linie nicht Unterstützungsorganisationen, sondern Organisationen zur Verteidigung der Existenzgrundlagen und zur Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiterklasse. Demgemäß wird auch die Frage der weiteren Gewährung von Unterstützungen, soweit es sich nicht um gewerkschaftliche Unterstützungen, wie Streik-, Maßregelungs-, Altersinvaliden- und Wanderunterstützung handelt, spruchreif werden müssen. Diese Frage ist eine Angelegenheit aller Gewerkschaftsrichtungen geworden.

Die Kartellversammlung richtet daher diesen Antrag an die Hauptstellen der einzelnen Verbände und an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, damit alles getan wird, um die Gewerkschaften für bevorstehende, entscheidende Kämpfe finanziell durchschlagsträftig zu erhalten.

Herford. Am 15. November hielten wir unsere Generalversammlung ab. Diese mußte vorzeitig stattfinden, weil Ergänzungswahlen für unseren nach auswärts verzögerten Vorsitzenden und unseren amtsübenden Kassierer notwendig waren. Der Versammlungsbesuch war nicht befriedigend. Zunächst gab Bezirksleiter, Kollege **Zumbrod** eine Uebersicht über die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Lage im Verband und den Kampf um die Tarifverträge und Löhne. Die Vorstandswahl erbrachte als 1. Vorsitzenden Kollegen **Heinrich Reinte**, als 1. Kassierer Kollegen **Heinrich Motzer**. Auch alle anderen Posten wurden teils neu besetzt, teils durch die alten Inhaber wieder übernommen. Dem bisherigen Vorsitzenden, Kollegen **Eitmeier**, und dem Kassierer, Kollegen **Selberg**, sprach Kollege **Zumbrod** für ihre treue Amtsverwaltung den Dank des Verbandes aus und knüpfte daran die Erwartung, daß nunmehr der neue Vorstand mit neuem Eifer die Arbeit fortsetzen möge. Als Beispiel für Pflichttreue diene der Kollege **Wilhelm Heibrod**, der, zwar heute Invalide, mehr als zwanzig Jahre Vorsitzender, und gleichzeitig Hauskassierer im Verband war, und auch jetzt immer noch seinen Verbandspflichten in jeder Weise nachkommt.

Ein Sonderwunsch an unsere Kollegen!

Es hat seit etwa zwei Jahren nehmen wir Anzeigen in unserer Verbandszeitung auf. Doch ist die Zahl der abgelehnten Zusagen, denn nicht jede Anzeigung eignet sich für unser Blatt. Es sind besonders für 1000 RM. Anzeigenerträge, deren Annahme wir verweigerten. Aber noch viel größer wäre der Schaden, der nach Aufhebung dieser Anzeigen in unserem großen Leserkreis angestellt werden würde. Wer den Einzeigenertrag aufmerksamer liest, wird finden, daß viele interessante Herren bei uns anzeigen, eben weil sie sich davon überzeugen

sind, daß auch unsere Kollegen gern dort einkaufen, wo die Gewähr besteht, gut und ehrlich bedient zu werden. Deshalb bitten wir unsere Mitglieder, bei eintretendem Bedarf in erster Linie der eigenen Interessen zu gedenken. Firmen, die jahraus, jahrein in einer Zeitschrift anzeigen, hoffen in wirtschaftlich erlittenen Zeiten doppelt und dreifach auf Berücksichtigung. Wer also von unseren Kollegen Bedarf in den angebotenen Artikeln hat, nun, der erinnere sich zuerst einmal unserer Interessen, indem er sich unter Bezug auf unser Verbandsorgan dorthin wendet. Der Hinweis auf die Anzeige in der „Bauergewerkschaft“ ist sehr wichtig und darf keinesfalls bei der Bestellung oder bei einer Anfrage vergessen werden.

Sterbefafel

Am 12. Oktober verschied unser treues Mitglied der Maurer **Rodius Odelga** im Alter von **Verwaltungsstelle Dypeln.**

Am 4. November starb nach kurzer schwerer Krankheit unser treues Mitglied, der Invalide **Bernhard Hansen**, im Alter von 70 Jahren. **Verwaltungsstelle Münster i. W.**

Am 13. November 1931 starb unser Kollege **Donatus Köhl**, Maurer, an Rippenfellentzündung. **Verwaltungsstelle Kaufbeuren.**

Am 17. November starb infolge Lungenentzündung unser treuer Kollege, der Hilfsarbeiter **Josef Bauer**. **Ortsgruppe Groß-Rölln.**

Ehre ihrem Andenken!

Unsere Kollegen kaufen bei unseren Inferenten!

Möbel - Kamerling
Berlin, Kastanienall. 56
Speise-, Schlaf-, Herrenz. Küchen, Kassa
10% Rab., Teilzahlung



Wer Taschen- oder Armbanduhren ganz billig kaufen will, verlangt Preis! gratis von der seit 20 Jahren bestehenden Firma

Uhren-Klose, Berlin SW 29 (22)
Zossener Straße 8.

Lesen den Deutschen



Vollständig kostenlos

den neuen farbigen Produkt-Katalog mit vielen überraschend günstigen Kauf-Gelegenheiten, wie z. B. Beispiel

Herren-Halbschuhe **4.90**

Rindbock, schwarz, nur 4.90

Die Special-Liste schreiben Sie gleich!

Deutsch - Amerik. Schuhgesellschaft München P12 m. b. H. Rosenstr. 11



HEEROS
Geschenkkiste für M. 5.-

für die Dame

- 1 Damen-Schlüpfer echt ägyptisch Maco, moderne Farben Größe 42 bis 46 — 95
- 1 Damen-Unterkleid haltbare Kunstseiden-Decke mit warmem Futter, mod. Farben Größe 42 bis 46 2.25
- 1 Damen-Taghemd guter Hemdstoff mit Stickerei und Träger für normale Größe — 95
- 1 P. Dam.-Strümpfe gute Baumwolle, fein gestrickt, schwarz und farbig, Schuhgröße angeben — 85

RM. 5.-

Porto-Anteil 50 Pfg.

Garantie: Unkosten und Geld zurück
Katalog gratis und franko direkt aus dem seit 40 Jahren bewährten Spezialhaus

Hermanns & Froitzheim
Frankfurt am Main 35

Ristieren Sie

3 Sch. liefere Ihnen dafür:

- 1/2 Pfd. Landmatabak M. 0.20
- 1/2 „ Wollformier M. 0.30
- 1/2 „ Koch u. Koch M. 0.40
- 1/2 „ Post u. Fahr M. 0.60
- 1/2 „ Pastoretatabak M. 0.65

1 Sortiment 533g., 0.65
1 reichill. Hauptkatalog 1 hübl. Wehrtafelband
Alles zus. porto- u. verpackungsfrei nur M. 2.-

Wenn Sie d. Annonce auscheiden u. heute abenden haben Sie in 3 Tagen das Paket und können sich selbst überzeugen, wie groß d. Geldersparnis und der Vorteil ist, seinen Kauftabak dir. aus d. Kauftabakfabrik Wehrtafel

E. Köllner, Bruchsal
Str. 558 zu bestellen.

Geschenke billig
Weihnachts-Katalog gratis
Sigwed Gesellschaft Kassel 51